

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

Vorsitz: OB Dr. Zinell

Anwesend: StRin Bendigkeit
StR Brantner
StR Flaig
StR Dr. Winter
StR Roth
StR Dr. Günter
StR Klaussner
StR Neudeck
StR Rapp
StR Richter

Mit beratender Stimme: OV Schmid

Beginn der Beratung: 18.00 Uhr
Ende der Beratung: 19.00 Uhr

Tagesordnung

1. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
- Vorlage Nr. 163/2007
2. Bericht des Frauenbeirats
3. Zuschuss für die Dorfhelferinnenstation Schramberg
- Vorlage Nr. 164/2007
4. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Diese Beratung umfasst die §§ 33 - 36

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Gemeinderat

Schrifführer

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 33

Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 163/2007

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Ortschaftsräten mit zustimmendem Votum vorberaten.

Herr Moser:

geht auf die Vorlage ein.

Für die Vergütung wird ein einheitlicher Durchschnittsatz zugrunde gelegt. Dieser gilt auch für die Gemeinderäte. Es erfolgt keine Abrechnung nach Stunden.

StR Dr. Günter:

Durch den Wegfall der gesonderten Entschädigung für Verdienstausschlag werden die Selbständigen schlechter gestellt. Bisher wurden in Tennenbronn auch die Fraktionssitzungen entschädigt.

Herr Moser:

Die Selbständigenregelung wurde anhand eines Fallbeispiels durchgerechnet. Die Berechnung hängt davon ab, wie viele Sitzungen in einem Jahr stattfinden und wie oft der jeweilige Gemeinderat anwesend ist. Die Berechnung ergab, dass der Wegfall der gesonderten Entschädigung für Verdienstausschlag weniger als 10,- €/Jahr beträgt.

Die Fraktionssitzungen werden in Schramberg nicht entschädigt. Dieser Aufwand sollte mit der Grundvergütung abgegolten sein.

Beschlussvorschlag:

Dem beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wird zugestimmt.

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 34

Bericht des Frauenbeirats

OB Dr. Zinell:

begrüßt Frau Olowinsky, die Vorsitzende des Frauenbeirats sowie Frau Wiedmann-Bornschein als Geschäftsführerin.

Bericht über die Arbeit des Städtischen Frauenbeirates, 25. Oktober 2007

Letzte Vorstellung der Arbeit des Frauenbeirates war im Januar 2004

Anzahl der Sitzungen: 27

Die Arbeit des Beirates setzt sich zusammen aus Sitzungen, Veranstaltungen, Projekten, Öffentlichkeitsarbeit. Die Sitzungen finden überwiegend im Rathaus, aber auch außerhalb statt.

Themen, die im Beirat behandelt werden, umfassen unterschiedliche Zeiträume, können einfach eine Diskussion oder auch ein Projekt bzw. eine Veranstaltung sein.

Themen des Beirates:

- Straßenbeleuchtung in Schramberg
- CAP Markt
- Schwangerschaftskonfliktberatung
- Frauengemeinschaft Kloster
- Situation weiblicher Jugendlicher im SHW
- Bundesverdienstkreuz für Frauen
- Eingemeindung Tennenbronn
- Frauen in der Sprache
- Gesetzl. Grundlagen der Gleichberechtigung
- Kommunale Leitbilder
- Fahnenaktion „frei leben“
- Tagesmütterverein
- Gender mainstreaming
- Dorfhelferinnenstation Schramberg
- Bemerkenswerte Frauen in Schramberg
- Kopftuch
- Kandidatinnen im Ländle

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 34, Seite 2

Projekte/Veranstaltungen seither:

- Frauenwochen 2005 und 2007
- „Ellen, Ruth & Anne. Jüdische Geschichten für heute“. Ein Landkreiskooperationsprojekt auf Initiative des Frauenbeirates
- Mitarbeit im Kuratorium „Miteinander gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ in Rottweil
- Stand auf dem Rathausvorplatz zur Aktion „frei leben“ mit Informationsmaterial und face-painting. 2004, 2005, 2006
- Fest der Kulturen, Stand auf dem Rathausvorplatz
- „Tandem in der Politik“. Projekt mit der Landeszentrale für polit. Bildung im Vorfeld der Kommunalwahl 2004. Stand in der Fußgängerzone, Faltblatt „Stühle frei für Frauen“, Besuch des Landtages, Veranstaltung einer Podiumsdiskussion „Frauen sind der Rede wert“.
- Broschüre „Für Frauen in Schramberg“
- Kooperation mit Frauen helfen Frauen e.V. Rottweil. Teilnahme an Jahreshauptversammlungen und Jubiläumsveranstaltungen.
- Fotoausstellung „FrauenLust-FrauenLast“
- Teilnahme an Treffen „Initiative für gemeinschaftliches Wohnen Jung und Alt“, 2004 und 2005
- Frauenstraßennamen in den Neubaugebieten Sulgen

Davon auch einige Sitzungen außerhalb der Rathausmauern:

- Im Familien-, Bildungs-, und Feriendorf Eckenhof
- Ein Rundgang durch Tennenbronn mit anschließender Sitzung
- Besichtigung der Schmöckerstube mit anschließender Sitzung
- Stadtführung „Bemerkenswerte Frauen in Schramberg“ durch den Politischen Frauenstammtisch
- Ausstellungsführung durch „Anne Frank – eine Geschichte für heute“

Außerdem bereichert der Frauenbeirat seine Sitzungen durch ReferentInnen:

- Inge Keller, donum vitae
- Schwester Maria Gratia und Schwester Agnes
- Ingo Wolf, Geschäftsführer SHW
- Ilse Bäumer, Haiti Hilfe
- Sabine Gehrmann, Feriendorf Eckenhof
- Anneliese Bendigkeit, Renate Weiler, Tagesmütterverein
- Heide Trommer, Gleichstellungsbeauftragte des Diak. Werkes und Gender Trainerin
- Doris Klausmann, Dorfhelferinnen Station
- Politischer Frauenstammtisch

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 34, Seite 3

OB Dr. Zinell:

Der Frauenbeirat arbeitet seit seiner Gründung kontinuierlich und über Konfessionen hinweg. Es werden wichtige Themen angesprochen. Das Verständnis und die Notwendigkeit der Arbeit ist vorhanden. Er dankt Frau Olowinsky und Frau Wiedmann-Bornschein für ihre Arbeit.

StR Flaig:

Es wurde eine Vielfalt an Themen bearbeitet. Er schätzt die zeitnahe zur Verfügungsstellung der Protokolle, so dass der Gemeinderat gut informiert ist.

StR Neudeck:

27 Sitzungen in einem Jahr zeugen von einer kontinuierlichen Arbeit. Es gibt nicht viele Gruppierungen, deren Mitglieder so vielschichtig in der Bevölkerung verankert sind. Es sind auch Ergebnisse sichtbar, wie z.B. die Straßennamen im Baugebiet „Haldenhof“.

StR Richter:

In wie weit wurde das Thema „Kopftuch“ diskutiert ?

Frau Olowinsky:

Dieses Thema wurde an Hand eines aktuellen Falls diskutiert. Ein Lehrling des Rathauses hat während der Schulzeit in der Realschule noch kein Kopftuch getragen. Während der Ausbildungszeit im Rathaus ist sie jedoch mit Kopftuch erschienen. Es wurde diskutiert, wie hiermit umzugehen ist.

Frau Wiedmann-Bornschein:

Das Kopftuch ist ein Symbol, welches nicht zur Kleidung gehört, sondern zur Unterdrückung der Frau beiträgt. Das Tragen eines Kopftuchs sollte somit nicht unterstützt werden.

OB Dr. Zinell:

Die Stadt hat akzeptiert, dass die Auszubildende ihr Kopftuch getragen hat. Es wurde kein Konflikt daraus gemacht.

StR Klaussner:

Sind auch ausländische Mitbürgerinnen im Frauenbeirat vertreten?

Frau Wiedmann-Bornschein:

Ihr ist niemand bekannt. Im Frauenbeirat arbeiten hauptsächlich kirchliche und politische Gruppierungen mit. Hierbei sind keine ausländischen Gruppierungen vertreten.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 35

Zuschuss für die Dorfhelferinnenstation Schramberg

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 164/2007

Herr Kammerer:

geht auf die Vorlage ein.

StR Flaig:

Von einer Förderquote mit 77 % war nie die Rede. Es wurde eine Deckelung von 4.000,-- € beschlossen. Entsprechend diesem Beschluss sollte auch der Abmangel in Höhe von 3.900,-- € übernommen werden.

Künftig kann einer 77 %-Regel evtl. zugestimmt werden.

StR Richter:

Sind die Kirchen mit der Regelung einverstanden?

Herr Kammerer:

Es wurde nicht nachgefragt, da dies bei einem Zuschussantrag nicht üblich ist.

OB Dr. Zinell:

Es soll eine Sicherheit für die Dorfhelferinnenstation für die nächsten 5 Jahre geschaffen werden.

Es wurde eine Obergrenze von 4.000,-- € beschlossen. Die Nachbargemeinden werden sich nun erstmals an dem Abmangel beteiligen.

StR Flaig:

Im Jahr 2002 gab es einen Abmangel von 15.000,-- €, im Jahr 2003 von 9.000,-- €, im Jahr 2004 von 5.200,-- € und in 2005 von 3.800,-- €. Von diesem Abmangel übernimmt die Stadt jeweils immer die Hälfte.

StR Neudeck:

Von einem hohen Abmangel muss die Dorfhelferinnenstation einen Anteil von 50 % aus eigenen Mitteln bezahlen. Daher ist es auch für sie ein Anreiz, den Abmangel zu senken.

StR Brantner:

Ist der Erhalt der Dorfhelferinnenstation mit der vorgeschlagenen Regelung gewährleistet?

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 35, Seite 2

Herr Kammerer:

Das Thema wurde mit den Mitgliedern der Dorfhelferinnenstation besprochen. Man geht davon aus, dass die Station mit der Regelung zurecht kommt.

Das Jahr 2002/2003 war aufgrund von hohen Personalausfällen ein Ausreißer. Man geht davon aus, dass die Station künftig mit einem 50 % Anteil leben kann.

OB Dr. Zinell:

Die Stadt verpflichtet sich auf weitere 5 Jahre. Der Zuschuss muss dann auch bei einer schlechten Haushaltslage aufgebracht werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Sperrvermerk bei Haushaltsstelle 1.4980.7180 – Zuschuss an die Dorfhelferinnenstation wird aufgehoben.
2. Pkt. 2 wird wie folgt abgeändert:
Antrag von Herrn Flaig: Die Stadt Schramberg übernimmt die volle Kostenübernahme in Höhe von 3.900,-- €
3. Ab 2007 übernimmt die Stadt Schramberg einen Anteil von 50 % des auf das Stadtgebiet Schramberg entfallenden Abmangelanteils.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, dazu mit der Kath. Gesamtkirchengemeinde Schramberg als Träger der Dorfhelferinnenstation eine Vereinbarung mit einer Laufzeit von 5 Jahren abzuschließen.

Der Verwaltungsausschuss stimmt den Punkten 1, 3 u. 4 einstimmig zu.

Dem geänderten Beschlussvorschlag unter Punkt 2 mit der vollen Kostenübernahme in Höhe von 3.900,-- € wird mehrheitlich zugestimmt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Verwaltungsausschusses vom
25.10.2007

Anwesend: Von 10 Stadträten und Stadträtinnen 10

§ 36

Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

1. Gymnasium als Ganztageschule

Herr Kammerer:

Für das Schuljahr 2008/2009 wurde kein Antrag gestellt, das Gymnasiums als Ganztageschule anzuerkennen. Die Stadt hat für das Jahr 2007/2008 einen Antrag gestellt und ist nicht berücksichtigt worden. Man wollte zusätzliche Lehrerwochenstunden erhalten. Die Vorschriften hierzu haben sich jedoch verschärft. Derzeit werden 9 Schüler aus verschiedenen Jahrgangsstufen am Gymnasium betreut. Die Voraussetzungen für die neuen Vorschriften sind nicht erfüllt. Deshalb wurde auch kein Antrag beim Land eingereicht. Der Antrag kann jedoch jährlich wiederholt werden.

2. Toleranzgrenze bei Verkehrskontrollen

StR Flaig:

Bezieht sich auf den Zeitungsartikel vom 19.10.2007 bezüglich einer Toleranzgrenze von 20 km/h bei einer Verkehrskontrolle. Normalerweise werden schon bei einer Toleranz von 5 km/h Bußgelder fällig. Bei dieser Verkehrsmessung wurde eine Toleranz von 20 km/h zugrunde gelegt. Gibt es für die Toleranzgrenze keine einheitliche Regelung?

Herr Peter Weisser:

Die Messung der Polizei mit Anhaltekontrolle ist nicht identisch mit einer Geschwindigkeitsmessung mit Bild. Bei Messungen mit Anhaltekontrolle geht es darum, die „Raser“ zu stellen. Hier wird eine höhere Toleranzgrenze zu Grunde gelegt.